

Der Schlüssel: Die verborgene Weltdiktatur des Rothschild-Imperiums -3-

Was Sie im ersten und zweiten Kapitel lesen können oder gelesen haben: Wir wissen viel zu wenig über die Hintergründe des für den Niedergang Europas auslösenden 1. Weltkrieg und wahrscheinlich geschah es nicht ganz ohne Absicht, dass wir im Vergleich so viel über das -darauf und daraus folgende- 3. Reich und den 2. Weltkrieg wissen ?



In Europa waren bis 1916 bereits über 1.000.000 Soldaten sinnlos gestorben, Hunderttausende Zivilisten waren an Unterernährung und daraus resultierenden Krankheiten gestorben und viele dachten über Möglichkeiten nach, dieses sinnlose Blutvergiessen zu beenden.

Doch an der Wall Street strömten die Gelder, die US-Kriegs-Konjunktur lief auf Hochtouren und Woodrow Wilson führte den Wahlkampf um seine 2. Präsidentschaft mit dem Slogan:

“He kept us out of war”

Tatsächlich war es längst geplant, dass die FED-USA als “Zünglein an der Waage” am Ende in den Krieg eintreten würden, um ihren Plan für den weiteren Fortgang der Weltgeschichte umzusetzen. England war von den USA bis zum Kriegsende total abhängig. Zwischen England und den USA bestanden keine Bündnisverträge, die den Kriegseintritt der USA etwa vertraglich erzwungen hätten.

Offensichtlich gab es jedoch schon 1916 eine Übereinkunft zwischen Regierung und Kapitalgebern, dem FED-Syndikat von 1913.

Nach ihren anfänglichen Erfolgen an der Westfront wurden die deutschen Armeen von den Franzosen an der Marne aufgehalten. Es kam zu einem für beide Seiten verlustreichen Stellungskrieg. Von Februar bis Juli 1916 bestürmte die 5. deutsche Armee unter dem Oberbefehl des deutschen Kronprinzen in wechselvollen Kämpfen vergeblich die Festungsanlagen vor

Verdun. Im Juni hielten die 2. und die 3. deutsche Armee unter General von Bülow und von Hausen dem Durchbruchversuch der Briten in der Schlacht an der Somme stand. Bis auf ein geringes Eindringen der deutschen Front gelang den Alliierten an der Somme kein Durchbruch.

Die allgemeine Kriegslage 1916/17 und der innere Zustand der kriegführenden Mächte erlaubte als einzige Alternative zur Fortsetzung des Gemetzels nur einen Verständigungsfrieden.

Bethmann Hollweg im Juni 1916: »Alle Regierungen sind ohne Bildung und Perspektive. Zum Verzweifeln. Nur eine klare Entscheidung kann die Macht der Lüge in allen Ländern durchbrechen. Auch bei uns Lüge, damit das Durchhalten des so weichen Volkes nicht erschwert wird. Bei den anderen aber noch mehr Lüge zu dem Zweck, die Regierungen zu halten. Da die Lage der anderen schlechter ist, muß dort noch mehr gelogen werden.« ...

Ein Remis-Frieden lag in der Luft. Initiativen zu Friedensgesprächen gab es zahlreiche: Mit ihrem Friedensangebot vom Dezember 1916, das ernst gemeint war (Georges Henri Soutou), hatte die deutsche Reichsregierung offene Friedensgespräche erhofft. Es wurde abgelehnt.

Die österreichischen Friedensfühler, nach dem Tod Kaiser Franz-Josefs Ende 1916, die keinen Separatfrieden zum Ziel hatten, sondern realistische Angebote im Sinne traditioneller Kabinettpolitik enthielten, die päpstlichen Friedensaktionen und letztlich das Friedensangebot des Deutschen Reichstags vom Juli 1917 sind neben vielen anderen indirekten Friedensbemühungen, die von deutschen Diplomaten ausgegangen sind, als ernsthafte Versuche zu bewerten, ein gleichberechtigtes Gespräch über Friedensbedingungen zustande zu bringen.

Alle Menschen sehnten sich nach Frieden.

Europa hatte seine letzte Chance und zu dieser Zeit gab es tatsächlich noch Vernunft und Intelligenz in der Politik; der Plan der FED liess sich jedoch nur mithilfe einer vollständigen Ausplünderung und Versklavung Europas verwirklichen.

Ein Frieden ohne Gesichtsverlust, ohne Demütigung und ohne Behinderung der Lebensgrundlagen des Kontinents wäre zu diesem Zeitpunkt zu erzielen gewesen. Angesichts der Kriegslage gab es für die europäischen Mächte keinen anderen Ausweg, als sich an den Verhandlungstisch zu setzen. „Der menschlichste Krieg ist der kürzeste Krieg“ war ein bedeutender Satz von Moltke.

Warum konnten Politiker der Entente-Mächte nicht wenigstens jetzt, im Jahre 1916, im Interesse der Menschen und im Interesse Europas die Kraft zur Einsicht und Einkehr haben ? Ein länger dauernder Krieg war von keinem Lande erwartet worden, schon gar nicht von Rußland, das in blinder

Überschätzung seiner Kräfte »den Tanz« eröffnet hatte.

Die FED-USA wollten und betrieben genau das Gegenteil. Um die Stimmung in der Bevölkerung zu "mildern", organisierten "die Alliierten" (i.e USA) sogar Lebensmitteltransporte für die gegnerische deutsche Bevölkerung durch das neutrale Belgien, als die Proteste in Deutschland "politisch" zu werden drohten.

Der FED-Plan war damit für viele weitere Millionen von Toten verantwortlich und setzte letztendlich planmässig den Niedergang Europas in Gang.

1916 hatte Deutschland praktisch jeden Feind besiegt, ohne dass der Krieg auf Deutschem Staatsgebiet statt fand, doch wurden die Deutschen Friedensangebote von der 'Hochfinanz' abgelehnt.

Man wusste, dass der Deutsche Kaiser nicht England erobern würde (Verwandtschaft mit der Krone) und man wusste auch, dass das wirtschaftliche und militärische Ende kommen musste, denn ohne Geld und Rohstoffe konnte es nicht endlos weitergehen und Geld und Rohstoffe wurden von den Rothschilds kontrolliert und reguliert.

Das Konzept der 'Hochfinanz' war es zunächst alle alten Staatsstrukturen zu zerstören. Mit dem Waffenstillstand 1918 war dieses Ziel erreicht und die alten Reiche der Habsburger, Hohenzoller, Romanovs und Ottomanen endgültig zerstört. Daraufhin übernahmen sie in jedem Land sämtliche Goldbestände und deren Banken.

Ihr Konzept ging auf: ein einheitliches weltweites Bankensystem einzuführen, welches nur Geld kreieren kann, wenn es sich vorgängig in ihrem – angeblich goldabgesicherten Geld (Dollar) – verschuldet hat.

Gold war bis zum Eintritt der FED in die Weltgeschichte in der westlichen Zivilisation immer das Rückgrat einer Währung.

Auf der Gewißheit des amerikanischen Kriegseintritts beruhte die Weigerung Englands und Frankreichs, Friedensgespräche mit dem Deutschen Reich aufzunehmen und auf die deutsche Friedensnote vom Dezember 1916 einzugehen. Die Welt hätte heute ein anderes Gesicht.

Statt dessen forderte der britische Premierminister, die USA im Rücken, in seinem berühmten Knock-out-Interview im September 1916, das »Germania esse delenda«: Deutschland muß zerstört werden.

Während die Soldaten beider Seiten an der Somme und vor Verdun verbluteten, trafen sich die Politiker der Entente-Mächte im Sommer 1916 zu

einer Wirtschaftskonferenz in Paris, um dort die Niederwerfung der deutschen Wirtschaft als verbindliches Kriegsziel zu beschließen.

Ein Verhandlungsfrieden ohne vorherige Niederwerfung des Deutschen Reiches lag nach Ansicht Wilsons und seiner Auftraggeber weder im Interesse Englands noch im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, außerdem wären die USA mit einem Verhandlungsfrieden nicht in der Lage gewesen, den »Frieden« nach ihren Vorstellungen zu diktieren – ein wichtiges Anliegen des FED-Plans. So gab es Ende 1916 die Idee, dass die USA als nichtkriegführende Instanz die "Friedensverhandlungen" präsidieren sollte, was jedoch vom Deutschen Reich abgelehnt wurde- vermutlich da man inzwischen die Absichten der USA durchschaut hatte.

Sie einigten sich darauf, den Zugang der deutschen Wirtschaft zu den Weltrohstoffreserven zu kontrollieren und Deutschland auch nach dem Kriege militärisch und wirtschaftlich niederzuhalten. Es war ein Rückschritt in das Denken des 18. Jahrhunderts. In den von den Alliierten diktierten Friedensbedingungen in Versailles fand diese Vereinbarung ihren Niederschlag.

In diesem Zusammenhang ist es auch zu erklären, dass nach und nach einige kleinere bis dahin neutrale europäische Staaten auf Seiten der Entente in den Krieg eintraten: Kleine Staaten und deren Potentaten sind bis heute für einen Rothschild mit relativ kleiner Münze käuflich, insbesondere wenn man ihnen deutlich machen kann, dass sie sich in die Reihen der zukünftigen Sieger einreihen.

Wenn das ehrliche Ziel der FED-USA wirklich der Frieden gewesen wäre, hätte man allein durch Reduzierung der amerikanischen Lieferungen die englische Bereitschaft zu Gesprächen mit dem Deutschen Reich fördern können. Aber Wilson wollte auch die an den Waffenlieferungen gut verdienende amerikanische Wirtschaft nicht erzürnen.

Tatsächlich hatten die FED-USA nur an einer Schwächung Europas Interesse, und diese Schwächung setzte die Niederlage Deutschlands voraus.

Der Krieg hatte als europäischer Krieg begonnen, man könnte, wenn man die massiven Kriegslieferungen der Amerikaner und die Tatsache, daß auf allen Kontinenten der Welt gekämpft wurde außer Betracht läßt, sogar von einem europäischen Bürgerkrieg sprechen. Er wurde nur durch die Einmischung der USA zum Weltkrieg.

Mit ihrer unter dem Mantel der Proklamationen von Demokratie und Selbstbestimmung verdeckten Machtpolitik dehnten die USA jetzt ihren Einfluß auf ganz Europa aus, nachdem sie den Norden und den Süden des

amerikanischen Kontinents bereits direkt oder indirekt unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Von einem funktionierenden Weltwirtschaftssystem hatten sie keine Vorstellung .

Gerade England hatte große Wirtschaftsdenker wie Adam Smith oder David Hume hervorgebracht. Ein Blick in deren Werke hätte ihnen zeigen können, wie absurd ihre Politik zur Gestaltung der Nachkriegswirtschaft sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen war. So wünschte sich David Hume »als Mensch und als britischer Bürger« eine gesunde Wirtschaft in Deutschland und in Frankreich, mit dem sich England damals (1758) im Kriegszustand befand; denn Handel könne man nur mit blühenden Wirtschaften treiben, was den Wohlstand beider Handelspartner erhöhe. Auch Keynes war in England schon ein bekannter Nationalökonom. Er hat die Vereinbarungen auf der Pariser Wirtschaftskonferenz und die spätere Regelung des Versailler Vertrages aus wirtschaftlichen, moralischen und politischen Gründen auf das Schärfste verurteilt .

Hierfür war nach dem französischen Historiker Georges Henri Soutou die mangelnde Friedensbereitschaft der englischen und französischen Regierung verantwortlich. **Man wird hinzufügen können, auch die Weigerung der amerikanischen Regierung. Alle drei Länder standen unter Kontrolle der Rothschilds.**

Am Ende des 20. Jahrhunderts kann man angesichts seines Verlaufs nur traurig an die nicht genutzten Möglichkeiten in den ersten Monaten des Jahres 1917 denken. Es gehört nicht viel Vorstellungskraft dazu, sich auszumalen, was geschehen wäre, wenn die europäischen Mächte unter dem Zwang der Kriegslage miteinander alle Fragen hätten behandeln müssen, die zu der unerträglichen Spannung im Vorkriegseuropa geführt hatten. Sie hätten die bisher aus Macht und Prestigegründen verweigerten Gespräche nicht mehr ablehnen können, vermutlich auch nicht mehr ablehnen wollen.

Diese große Chance wurde infolge der amerikanischen Kriegsbeteiligung nicht genutzt.

Nur durch das »Wunder« des amerikanischen Kriegseintritts konnte England, wie Churchill später bemerkte, nach der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges durch die deutsche Reichsregierung gerettet werden.

Noch am 27. Mai 1916 hatte Wilson eine heuchlerische Rede gehalten mit einem Vorschlag eines Friedens ohne Sieger und Besiegte, um die Bevölkerung der USA und der Welt über die wahren Pläne seiner geheimen Hintermänner zu täuschen.

Der Angriff deutscher Unterseeboote auf Schiffe in dem zur Sperrzone erklärten Seegebiet löste ähnliche Wirkungen in England aus wie umgekehrt

die englische Blockade in Deutschland.

Nach dem Bericht des amerikanischen Admirals William S. Sims, der sich im April 1917 im Auftrag Wilsons in England aufhielt, waren die Folgen katastrophal. Admiral Jellicoe sah sie als kriegsentscheidend an, wenn keine wirksamen Mittel gegen die Boote gefunden werden.

Hieraus folgt, daß die Unterstützung Englands durch die »neutralen« Vereinigten Staaten kriegsentscheidende Bedeutung hatte. Wie weit England von der Hilfe der USA abhing, wurde deutlich, als nach Eröffnung des U-Boot-Krieges große Teile der gewohnten Lieferungen dramatisch ausblieben und damit für England eine äußerst prekäre Lage entstand.

Die amerikanischen Lieferungen hatten inzwischen mehr als 60% der Einfuhren erreicht, der Anteil der Lieferung an Kriegsmaterial lag wesentlich darüber.

Weiterhin wird deutlich, daß die Einschätzung der deutschen Admiralität hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung des U-Boot-Krieges zwar zutreffend war, aber die Rolle der USA bei der Bekämpfung der deutschen U-Boote unterschätzt wurde.

Nur dank des gewaltigen Potentials der Vereinigten Staaten konnte das System der Geleitzüge installiert werden, das von den deutschen Booten nicht nachhaltig gestört werden konnte.

Die Bemerkung des deutschen Generalstabschefs Paul von Hindenburg in der Besprechung vom 9. Januar 1917, mit der Hilfe der USA »werde man schon fertig«, zeigte eine erschreckende Unkenntnis von dem Umfang der amerikanischen Unterstützung und der Bedeutung der USA für das alliierte Bündnissystem.

Das (Schein-) »Vermittlungsangebot« des amerikanischen Präsidenten, der sich praktisch schon im Krieg gegen Deutschland befand, in seiner Erklärung vom 20.12.1916 und die Wiederholung in seiner Rede vom 22. Januar 1917 waren nur eine PR-Reaktion auf das deutsche Friedensangebot, es sollte nach Vermutungen einiger Historiker zur Vorbereitung und Rechtfertigung des am 6. April 1917 erklärten Kriegseintritts der Vereinigten Staaten dienen.

Wie erwartet, man könnte sagen "wie geplant", wurde das amerikanische Angebot von den westlichen Verbündeten erneut abgelehnt, wie schon vorher die "Friedensinitiativen" Wilsons im Jahre 1915.

Die feindliche Stimmung der Mehrheit des Foreign Office, die von Nicolson, Crowe und auch Grey in London repräsentiert wurde und die sich in den Stellungnahmen, Memoranden und Briefen aus ihrer Feder feststellen läßt, wurde in der öffentlichen Meinungsbildung durch die englische Presse zustimmend begleitet.

Erst nach dem Kriege gingen den Europäern die Augen auf:

„Die Wissenschaft hat eine harte Aufgabe damit, die Völker von den fluchwürdigen Folgen ihrer Kriegspropaganda zu befreien, von allem ihrem Haß und allen ihren Lügen“, stellten Steinmetz(Amsterdam) und Högstedt (Stockholm) nach dem Ende des Krieges fest. (Rothschild-) England beherrschte mit dem Besitz der meisten Überseekabel und der größten Nachrichtenagentur Reuter auch die öffentliche Meinung der Weltpresse. Am Anfang des I. Weltkriegs hatte Deutschland fünf transatlantische Kabel die durch den Englischen Kanal liefen. Eins ging von Brest in Frankreich nach Vigo in Spanien, eins nach Tenerifa und Nordafrika, zwei nach New York über die Azoren.

Die Briten haben als erste Aktion im Krieg mit dem Kabelschiff Telconia alle durchgetrennt. Es blieb nur eins nach Westafrika und Südamerika. Damit wurde Deutschland von der Aussenwelt abgeschnitten und gezwungen den starken Radiosender in Nauen bei Berlin für die Kommunikation zu verwenden.

Dadurch wurden aber die Nachrichten vom britischen Geheimdienst sehr leicht abgefangen und entschlüsselt. Das Durchtrennen der Kommunikation mit der Aussenwelt ist einer der ersten Aktionen die in einem Krieg passieren, um den Feind blind und taub zu machen. All das wurde sehr gut im Buch

“Blind Man’s Bluff: The Untold Story of American Submarine Espionage” von Sherry Sontag und Christopher Drew 1998 beschrieben.

England organisierte nicht nur die Bündnissysteme gegen Deutschland, sondern entfachte ein Propagandafeuer voller Haß und Lügen, wie es die Weltgeschichte bis dahin im Umgang unter Nationen, auch unter kriegführenden Nationen, noch nicht erlebt hatte.

Hinzu kam, daß auch die amerikanische Großwirtschaft nichts mehr fürchtete als eine Niederlage Englands, ihres Hauptschuldners. Der unter der Leitung des Senators Gerald P. Nye stehende Kongreßausschuß kam in den 1930er Jahren zu dem Ergebnis, die Beteiligung Amerikas am europäischen Krieg sei auf den Einfluß von Wirtschaftskreisen der Rüstungsindustrie, »den Kaufleuten des Todes«, zurückzuführen gewesen.

Die drastische Wortwahl in dieser offiziellen Erklärung, 15 Jahre nach dem Ende des Mordens, entsprach durchaus der unbarmherzigen und aggressiven Mentalität der amerikanischen Führungsschicht, die von dem Briten Bertrand Russell (Freedom and Organization) in den 1930er Jahren gegeißelt wurde. Angesichts der bedrohlicher werdenden Lage des despotischen Bundesgenossen Rußland und der daraus folgenden Schwächung des Bündnisses wurde eine amerikanische Truppenentsendung nach Europa, um

eine Niederlage Frankreichs und Englands zu vermeiden, unausweichlich.

Die von Wilson angestrebte Kriegsführung im großen Stil erforderte eine riesige Armee. Die USA waren aber darauf nicht vorbereitet. Entsprechend der Neutralitätspolitik der Gründerväter waren die Streitkräfte des Landes nicht auf einen Krieg gegen europäische Großmächte eingerichtet.

Im Buch von Griffin über die Verbrechensgeschichte der FED heisst es:
Ein Falschmünzerkartell in Zusammenarbeit mit der Regierung, dass das Blut und das Vermögen eines Landes absaugt.
Am 30.06.1916 verfügten die US-Streitkräfte über 179.000 Mann.

Wilson hoffte, dass durch den Appell an patriotische Gefühle sich genügend Freiwillige für sein angestrebtes Millionenheer finden würden. Doch bald stellte sich heraus, dass bei vielen jungen Männern der Selbsterhaltungstrieb stärker ausgeprägt war als jede künstlich angeheizte kollektivistische Emotion.

Trotz eines propagandistischen Trommelfeuers der Medien meldeten sich in den ersten 10 Tagen nach Kriegseintritt der USA nur 4.355 Männer freiwillig zum Militärdienst.

Bis zum 24.04.1917 betrug die Zahl der Freiwilligen nur ein Sechstel von dem, was die Regierung erwartet hatte.

In dieser Situation zeigte Wilson, wie wendig er sein konnte. Er, der bisher die Wehrpflicht abgelehnt hatte, schlug genau dies dem US-Parlament vor.

Damit war er nach Abraham Lincoln der 2. Präsident der USA, der diese weitgehende Aufhebung der persönlichen Freiheit durchsetzte.

In der Öffentlichkeit und sogar im Parlament war der Widerstand gegen diese Maßnahme groß. Viele fragten sich, ob es glaubwürdig sei, den preußischen Militarismus zu bekämpfen, indem man sein wichtigstes Merkmal, die Wehrpflicht, übernimmt.

Im Kongress war der Widerstand besonders bei den Abgeordneten der Demokratischen Partei, die aus dem Süden und Westen des Landes kamen, anzutreffen. Die Wehrpflicht wurde in Reden als "involuntary servitude" und "another name for slavery" bezeichnet. Der Sprecher des Repräsentantenhauses Champ Clark sagte, daß "...little difference between a conscript and a convict" besteht.

Die Gesetzesvorlage Wilsons wurde vom US-Parlament abgelehnt, aber später unter dem Eindruck der ersten Kriegshandlungen in veränderter Form angenommen.

Mit dem Kriegseintritt der FED-USA war dann auch das Mitwirken Russlands am europäischen Völkermorden aus Sicht der Finanziere obsolet. Russland

sollte aus Sicht der USA nicht am Vertrag von Versailles mitwirken – umso effektiver konnte die Rolle der USA sein.

Es ist -in Kenntnis der Vorgeschichte- nicht weiter verwunderlich, dass auch der Umsturz in Russland, die Ermordung der Zarenfamilie und die Finanzierung der kommunistischen Revolution durch Rothschild und seine Agenten erfolgte, aber dies würde hier die Rothschild-Story zu lang machen,,,,,

Am Ende des Krieges standen in den US-Streikkräften 4 Millionen Mann unter Waffen. Wilson nutzte die durch den Kriegseintritt erzeugte Krise, um die Macht der politischen Klasse massiv auszuweiten:

Die Food Administration wurde im Mai 1917 gegründet.

(Anm.: diese wurde später zur FDA-food and Drug Administration, was zu den gewünschten "Synergieeffekten" zwischen schädlichen Produkten der Nahrungsmittelindustrie und angeblich gegen diese Schäden wirksamen Produkte der Pharmaindustrie führte.)

Durch den Lever Act vom 10.08.1917 bekam diese Behörde weitgehende Vollmachten. Sie vergab jene Lizenzen, ohne die ein Unternehmer, der mit Nahrungs-, Futter-, Düngemitteln und Treibstoffen zu tun hatte, sein Gewerbe nicht ausüben durfte. Sie setzte den Preis von Weizen und Kohle fest; konnte Nahrungsmittel und Treibstoffe einschließlich ihrer Produktionsanlagen beschlagnahmen und im eigenen Namen Geschäfte betreiben.

Die Fuel Administration sollte vor allem die widerstrebenden Kohlebergwerke auf Regierungslinie bringen. Es war ihr erlaubt, Preise festzulegen und im Detail zu bestimmen, wer, was, wann, erhält. Dadurch geriet die Energieversorgung innerhalb kürzester Zeit so in Unordnung, dass die Gesamtwirtschaft zusammenzubrechen drohte. Die Schuld dafür gab Wilson dem Kapitalismus.

Der War Industries Board wurde im Juli 1917 geschaffen. Er war eine Art oberster Planungsbehörde, sehr ähnlich dem, was wir aus der Kommandowirtschaft des real existierenden Sozialismus kennen. Bernard Baruch, der Leiter des WIB, (ein Rothschild-Verbündeter, der auch in der Mafia-Geschichte "mitspielt") sagte: "Instead of allowing prices to determine what would be produced and where it would go, we decided...how our resources would be employed."

Die War Finance Corporation betätigte sich als Bank für jene Unternehmen, die auf dem privaten Kapitalmarkt keine Kredite erhielten, weil sie dort von den staatlichen Schuldenmachern verdrängt worden waren. Über ihre Kreditbedingungen konnte die WFC einen Großteil der privaten Wirtschaft kontrollieren.

Die War Labor Administration war mit der Regulierung des Arbeitsmarktes beauftragt. Der Leiter ihres War Labor Policies Board, der Rothschild-Verbündete Felix Frankfurter, war ein bekannter "progressive", der seine Stellung nutzte, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Besonders schlagkräftig waren damals die Eisenbahnergewerkschaften, die die Gunst der Stunde nutzten, um drastische Lohnerhöhungen zu erzwingen. Die Railroad Administration übernahm die Eisenbahnen, die größte High-Tech-Branche der damaligen Zeit. Der Leiter dieser Behörde sagte von sich, daß er "...an authority that was...nearly absolute" besaß. Die RA erfüllte alle gewerkschaftlichen Forderungen. Zu ihrer Finanzierung erhöhte sie die Frachtraten um 28% und die Preise für Fahrgäste um 18%. Wirtschaft und Konsumenten wurden durch diese Preiserhöhungen hart getroffen. Doch diese reichten bei weitem nicht aus, um die enorm gestiegenen Kosten der Staatsbahnen zu decken, die fortan mit Steuergeldern subventioniert wurden.

Zum Zeitpunkt des Waffenstillstands Ende des 1. Weltkriegs hatte die von der FED-installierte und kontrollierte Regierung übernommen:

Eisenbahnen

Transport auf dem Meer

Telefon- und Telegraph-Kommunikation.

Sie kommandierte hunderte Unternehmen im erzeugenden Gewerbe betrieb große Unternehmen auf eigene Rechnung im Bereich Schiffsbau, Weizenhandel, Hochbau;

betätigte sich als Großbankier

regulierte eine Vielzahl von Wirtschaftszweigen,

legte die Preise einer großen Zahl wichtiger Güter fest

hob die Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt auf.

Die Anzahl der zivilen Beschäftigten der Bundesregierung verdoppelte sich von 1916 bis 1918 auf 450.000.

In den 20er Jahren gelang es unter der Präsidentschaft von Warren Harding den wuchernden Staatsapparat etwas zurückzudrängen.

Doch selbst auf ihrem niedrigsten Stand in der Nachkriegszeit war die Zahl der Bundesbeschäftigten um 141.000 größer als vor dem Krieg. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Politik Wilsons. Die einzigen wahren Kriegsgewinnler sind die Intellektuellen aus dem "progressiven" Lager. Murray Rothbard stellte zu Recht fest: "Never before had so many intellectuals and academicians swarmed into government to help plan, regulate, and mobilize the economic system".

Ohne Krieg wäre diese Systemveränderung nicht möglich gewesen.

Der listenreiche Weg Wilsons in den Krieg entsprach dem Klasseninteresse der Staatsbürokraten.

Die Ausweitung des Staates musste finanziert werden. Wilson erhöhte im Auftrag der FED den niedrigsten Satz der Einkommensteuer von 1% (bis 20.000 \$) in 1915 auf 6% (bis 4.000 \$) in 1918. Der oberste Steuersatz wurde

von 7% in 1915 auf 77% in 1918 erhöht.

In 1916 gab es weniger als eine halbe Million Einkommensteuerpflichtige, in 1920 mußten 7.000.000 Millionen Bürger Einkommensteuer bezahlen.

Auch andere Bundessteuern wurden erhöht. In den 20er Jahren gelang es Andrew Mellon, dem Finanzminister von Warren Harding und Calvin Coolidge, die Einkommensteuersätze zu senken: den untersten Satz für Einkommen unter 4.000 \$ auf 0,5%, für Einkommen von 4.000 \$ bis 8.000 \$ auf 2%, den höchsten Steuersatz auf 24%. Die Einkommenssteuer, die 1913 beschlossen worden war, stieg auf 1 Milliarde während des 1. Weltkriegs.

Aber 70% der Kriegskosten entstanden durch Inflation, bedingt durch eine Verdoppelung des Geldumlaufs. Auch diese tiefgreifende Veränderung wäre ohne Krieg nicht durchsetzbar gewesen.

Wilson wird heute von der herrschenden Klasse als "großer" Mann verehrt, und das aus ihrer Sicht mit einigem Recht.

Trotzdem waren die Steuereinnahmen des Bundes auf ihrem niedrigsten Stand in der Nachkriegszeit immer noch fünfmal höher als vor dem Krieg.

Wilson bewirkte eine dauerhafte Veränderung in der Herkunft der Steuereinnahmen des Bundes: weg von den Konsumsteuern, hin zu Steuern auf Einkommen, Gewinn und Grundbesitz.

Der Kriegssozialismus Wilsons erwies sich als dauerhafte Einrichtung. Er konnte nur teilweise zurückgeführt werden und er öffnete den Weg in den übermächtigen Staat heutiger Prägung.

Für diese edlen Ziele war Wilson bereit, andere Menschen einen hohen Preis zahlen zu lassen. Im 1. Weltkrieg sind 117.000 US-Soldaten gefallen, 204.000 wurden verwundet. Wir wissen nicht, ob die Opfer unter der europäischen Bevölkerung überhaupt eine Rolle in seinem Kalkül gespielt haben.

Rothbard umschreibt es so: „für alle, die glauben, der Eintritt der USA in den 1. Weltkrieg sei eines der verhängnisvollsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts gewesen.....die Erleichterung eines Kriegseintritts für die US-Regierung ist unbemerkt ein Großereignis zugunsten der Federal Reserve gewesen.“

Zusätzlich zu den Einnahmen, die man durch direkte Steuern erzielte, wurden von 1915-1920 rund die Hälfte aller Ersparnisse vernichtet. Zudem kostete es 500.000 Amerikaner, die diesen Krieg niemals wollten, das Leben.

In seinem Buch von 1919 „die wirtschaftlichen Konsequenzen des Friedens“ schrieb John Maynard Keynes dass Regierungen durch einen kontinuierlichen Inflationsprozess heimlich und unbeobachtet einen erheblichen Teil der Vermögen ihrer Bürger beschlagnahmen können... Und dass dadurch zwar viele ärmer werden allerdings auch einige sich bereichern können....

Dieser Vorgang aktiviert die verborgenen Kräfte ökonomischer Gesetze und leistet etwas, das kaum einer unter einer Million Bürger diagnostizieren kann.

Wilson hatte also seinen Beitrag geleistet zum Gelingen der Pläne des auf Jekyll-Insel gegründeten Syndikats. Man muss es sich vorstellen, welches ein gigantisches Konjunkturprogramm es war, innerhalb von nur 2 Jahren eine Armee von 180.000 Mann auf 4 Millionen auszubauen, diese auszurüsten und zu großen Teilen nach Europa zu entsenden. Und bei den genannten Beträgen muss man sich klarmachen, dass einer \$-Milliarde von damals etwa 100 \$-Milliarden von heute entsprechen.

Was man hingegen zu den amerikanischen Kriegszielen unter Wiki findet, ist die offizielle Version, natürlich nicht die tatsächliche;

Wilson wollte eigentlich den Weltfrieden Im Januar 1918 legte Wilson ein vierzehn Punkte umfassendes Programm für den Weltfrieden und die Neuordnung Europas nach dem 1. Weltkrieg vor, das u.a. das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, die gerechte Neuordnung des Kolonialsystems und die Einrichtung des Völkerbundes zur Friedenssicherung vorsah.

Im Oktober 1918 bat Deutschland auf der Grundlage der Vierzehn Punkte um einen Waffenstillstand, kaum 4 Monate nachdem die USA direkt am Krieg beteiligt waren.

Leicht erklärbar, denn mit dem geplanten Kriegseintritt der USA musste man nicht länger die Bevölkerung durch Stützungslieferungen "bei Laune" halten; im Gegenteil die Verknappung aller Ressourcen führte zu Meutereien und Aufständen >gegen den Krieg und für den Frieden< innerhalb des Militärs wie auch der Zivilbevölkerung.

Dem schlossen sich langwierige Friedensverhandlungen in Paris an, bei denen die USA wie gewünscht die Rolle des Friedensstifters spielen konnten und die schließlich im Versailler Vertrag mündeten.

Als nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870-71 der französische Außenminister Jules Favre persönlich bei dem Kommandierenden des 6. preußischen Armeekorps, General von Tümping, um ein Gespräch mit Bismarck nachsuchte, gab von Tümping ein Essen für Favre, der auf die deutschen Teilnehmer einen ausgezeichneten und achtunggebietenden Eindruck gemacht hat. Favre wiederum anerkannte die feine und ungezwungene Weise, mit der er von seinen deutschen Gegnern empfangen worden war. Nach der Verabschiedung Favres sagte von Tümping zu seinen Offizieren: »Meine Herren, man ehrt sich selbst am meisten dadurch, daß man seine Feinde mit Achtung behandelt.«

Auf den Brief, mit dem Favre um das Gespräch mit Bismarck gebeten hatte,

antwortete Bismarck: »Ich habe das Schreiben erhalten, welches Ew. Exzellenz die Gefälligkeit gehabt hat, an mich zu richten, und es wird mir außerordentlich angenehm sein, wenn Sie mir die Ehre erzeigen wollten, mich morgen hier in Meaux zu besuchen. Der Überbringer dieses Schreibens, Prinz Biron, wird darüber wachen, daß Ew. Exzellenz durch unsere Truppen hindurchgeführt werden. Ich habe die Ehre, zu sein mit aller Hochachtung Ew. Exzellenz sehr gehorsamer Diener.«
v. Bismarck

Welch ein Unterschied zu der demütigenden Behandlung der deutschen Verhandlungsdelegation in Versailles durch Amerikaner, Engländer und Franzosen. Gemeinsam mit ihren zaristischen Verbündeten Rußland hatten sie eine Haßlawine losgetreten, die Europa unter sich begraben hat.

Das Versailler „Diktat“ enthielt nach Überzeugung vieler Autoren bereits Faktoren, von denen man einigermaßen sicher sein konnte, dass sie zu neuen Auseinandersetzungen und Kriegen führen würden. Die USA gestatteten Frankreich einen Versailler Vertrag, der Deutschland diskriminierte und wirtschaftlich ruinieren sollte (Reparationen waren bis 1988 vorgesehen) und trugen damit ausschlaggebend zu einer Nachkriegssituation in Deutschland bei, die Hitlers politisches Wirken begünstigte, wahrscheinlich überhaupt erst ermöglichte.

An den mündlichen Verhandlungen nahmen nur die Siegermächte teil; mit der deutschen Delegation wurden lediglich Memoranden ausgetauscht. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde der deutschen Delegation schließlich als Vertragsentwurf am 7. Mai 1919 vorgelegt.

Die deutsche Delegation weigerte sich, zu unterschreiben und drängte auf Milderung der Bestimmungen, wobei die deutsche Delegation zu den mündlichen Verhandlungen nicht zugelassen wurden, sondern Noten ausgetauscht wurden. Zu den wenigen Nachbesserungen in der am 16. Juni von den Alliierten vorgelegten Mantelnote gehörte die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Die Siegermächte ließen weitere Nachbesserungen nicht zu und verlangten ultimativ die Unterschrift. Dabei drohten sie mit einem Einmarsch von Truppen, die bereits am Rhein bereitstanden. Ministerpräsident Philipp Scheidemann trat in dieser Situation zurück:

Da im Falle einer Ablehnung ein Einmarsch der alliierten Truppen drohte, votierte die Nationalversammlung am 22. Juni 1919 mit 257 gegen 138 Stimmen für die Annahme des Vertrags. Scheidemanns Parteifreund und Nachfolger Gustav Bauer rief in der Sitzung aus:

„Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere

verdammt Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist[...]. Wenn die Regierung [...] unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen“.

Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unterzeichneten daher am 28. Juni 1919 den Vertrag, wenn auch unter Protest.

Die Vertreter der USA, der wichtigsten Signatarmacht neben Großbritannien und Frankreich, hatten den Vertrag nach den zwei deutschen Delegierten zwar als Erste unterzeichnet, der amerikanische Kongress ratifizierte den Vertrag jedoch nie.

Clemenceaus Mitarbeiter André Tardieu fasste die Ziele Frankreichs auf der Versailler Friedenskonferenz folgendermaßen zusammen:

„Sicherheit zu schaffen war die erste Pflicht. Den Wiederaufbau zu organisieren war die Zweite.“

Frankreich hatte mit Deutsch-Französischem Krieg und erstem Weltkrieg zwei deutsche Invasionen innerhalb eines halben Jahrhunderts erlebt, von denen die erste für Deutschland erfolgreich gewesen war und die zweite weite Landstriche Frankreichs verwüstet hatte. Daher war es vorrangiges Ziel Clemenceaus neben der als selbstverständlich angesehenen Rückgabe Elsass-Lothringens, einen erneuten deutschen Einmarsch von vornherein zu unmöglich zu machen. Zu diesem Zweck strebte er die Rheingrenze und eine möglichst weitgehende Schwächung Deutschlands an.

Dies ging einher mit seinem zweiten Ziel: der Entschädigung für die Kriegszerstörungen und der Abdeckung der Schulden, die Frankreich vor allem bei den Vereinigten Staaten hatte.

Eine vollständige Abdeckung aller Auslagen, die der Krieg gebracht hatte, schien durchaus geeignet, den gefährlichen Nachbarn nachhaltig zu schwächen.

Großbritannien hatte weit weniger unter dem Krieg gelitten als Frankreich, aber sich ebenfalls zur Finanzierung seiner Kriegsbeteiligung hoch bei der amerikanischen FED verschuldet.

Nicht zuletzt angesichts der Entwicklung in Russland wollte die britische

Regierung ein Machtvakuum in Mitteleuropa vermeiden und Deutschland daher im Sinne der klassischen Balance of Power-Strategie nicht zu sehr schwächen. Darüber hinaus strebte die Regierung seiner Majestät eine nachhaltige Schwächung der deutschen Position in Übersee an.

Lloyd Georges finanzielle Forderungen sollten ursprünglich allerdings nur die britischen Kriegskosten decken. Die öffentliche Meinung in Großbritannien war durch den Krieg stark gegen Deutschland aufgebracht, was sich nicht zuletzt in den so genannten Khaki-Wahlen vom 14. Dezember 1918 gezeigt hatte.

Unter dem starken innenpolitischen Druck hatte Lloyd George eingewilligt, dass in die Reparationen, die Deutschland auferlegt wurden, auch der Wert sämtlicher Pensionen für Invalide und Kriegshinterbliebene einberechnet wurde, was den Wert der Reparationsforderungen enorm steigen ließ.

Deutschland war nach dem Versailler „Vertrag“ kein souveräner Staat mehr

Die schwerwiegenden Folgen dieses Vertrags sah auch der britische Premier Lloyd George bereits im März bemerkenswert klar voraus:

„Man mag Deutschland seiner Kolonien berauben, seine Rüstung auf eine bloße Polizeitruppe und seine Flotte auf die Stärke einer Macht fünften Ranges herabdrücken. Dennoch wird Deutschland zuletzt, wenn es das Gefühl hat, dass es im Frieden von 1919 ungerecht behandelt worden ist, Mittel finden, um seine Überwinder zur Rückerstattung zu zwingen.

Um Vergütung zu erreichen, mögen unsere Bedingungen streng, sie mögen hart und sogar rücksichtslos sein, aber zugleich können sie so gerecht sein, dass das Land, dem wir sie auferlegen, in seinem Innern fühlt, es habe kein Recht sich zu beklagen. Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, in der Stunde des Triumphs zur Schau getragen, werden niemals vergessen noch vergeben werden. Ich kann mir keinen stärkeren Grund für einen künftigen Krieg denken, als dass das deutsche Volk, das sich sicherlich als einer der kraftvollsten und mächtigsten Stämme der Welt erwiesen hat, von einer Zahl kleinerer Staaten umgeben wäre, von denen manche niemals vorher eine standfeste Regierung für sich aufzurichten fähig war, von denen aber jeder große Mengen von Deutschen enthielte, die nach Wiedervereinigung mit ihrem Heimatland begehrten.“

mehr in Der Schlüssel: Die verborgene Weltdiktatur des Rothschild-Imperiums -4-

